

Pulsnitzer Tageblatt

Herausgeber 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Vorkasse-Konto Dresden 2133. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag —
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsrichtungen — hat der Verleger
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.85 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmaß 14)
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.30, Amtliche Zeile RM 0.75
und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 %, Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großnaundorf, Brettnitz, Hanswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 287

Sonnabend, den 10. Dezember 1927

79. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Sonntag, den 18. Dezember 1927 Christmarkt in Pulsnitz

Es sind nur solche Verkäufer zugelassen, die in der Sächsischen Oberlausitz oder im
Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz wohnen.
Anmeldungen der Firanten haben sofort beim Marktmeister, Polizeikommissar Reichs,
zu erfolgen.

Pulsnitz, am 10. Dezember 1927

Der Stadtrat.

Ankündigungen aller Art

in dem „Pulsnitzer Tageblatt“ sind von denkbar
bestem Erfolg.

Das Wichtigste

In Leipzig wurde eine Brieftasche mit 1000 Dollar im Müll gefunden.
Wie die Blätter melden, ist im Telegramm-Verkehr Ungarns, ebenso
wie mit Deutschland, auch mit Österreich und der Tschechoslowakei
vom 1. Dezember an der Telegrammbrief zulässig. Die Vorkassebeträge
betragen die Hälfte der Gebühr für ein gewöhnliche Telegramm.
Wie die Abendblätter aus Wien melden, wurde gestern im Justizminis-
terium des Nationalrates ein Antrag auf Einführung der Todes-
strafe mit allen gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Vertikale und sächsische Angelegenheiten Silberner Sonntag

Tage zuvor ist er noch der berühmte Silberstreifen am
Horizont des näher rückenden Jahresabschlusses. Wenn es
dann silberner Sonntagabend geworden und Kasse gemacht
ist, erlebt der eine die optische Enttäuschung, daß das Silber
doch etwas stärker leuchtet, als man hoffte, und manchem
Ladeninhaber zu wünschen wäre. Der andere kann vollhal-
tiges Goldmetall für die entgangene Sonntagruhe buchen.
Wie froh ist im Leben: Dieser öffnet den Schlag und am
Abend sind mehr Tauben herein — als hinausgeflogen.
Sener dreht sich fast den Kopf lahm und ist froh, wenn er
seinen Bestand erhält und gelegentlich ein Ei im Neste findet.

Denn so ist das nun einmal mit dem Publikum, das
in diesem Falle das Silberbergwerk oder die Silbererschmelze
sein soll. Die meisten sind sich noch nicht recht einig und
verbringen den Tag als Seh-Lente. Weil die Wahl befannt-
lich mit der zunehmenden Auswahl in die Lage von Bileams
Gaurod bringt, der sich nicht entschließen konnte, von einem
der Heuhaufen zu beiden Seiten seine Vitamine zu beziehen.
Oder sie kaufen das, was nach alter Familientradition zum
eisernen Bestand der Weihnachtsgeschenke gehört. Die soge-
nannten „praktischen“ oder „nützlichen“ Sachen, auf die wohl
mancher Wunschzettel rationalisiert werden muß.

Der „Silberne Sonntag“, bei dessen Namensgebung
der Wunsch Bate des Gedanken war, ist die vorletzte Lei-
densstation auf der erwartungsfrohen Fahrt der kindlichen
Phantasie weihnachtlicher Erfüllung. Er ist die vorletzte
Leidensstation der höheren Rechenkunst häuslicher Mathema-
tik. Denn es sind viele Aufgaben, die gelöst werden und
jedem zum Wohlgefallen „aufgehen“ sollen. Endlich kann
der Silberne Sonntag auch die vorletzte Leidensstation auf
dem Kreuzwege sein, auf dem sich heute mancher Geschäfts-
mann um die Erhaltung der bloßen Existenz weiterqualen
muß. Aber weshalb sollten in der Weihnachtszeit nicht auch
einmal Märchen wahr werden? Wie das vom Sterntaler.
Echte Vorkriegs-Silbertaler.

Pulsnitz. (Weihnachts-Ausführung.) Win-
ter- und Weihnachtsfreuden der Kinder! Nächsten Freitag
und Sonnabend werden sie in den reizvollen Bewegungen
und Flächen des Schattenbildes in der Turnhalle dargestellt.
Dichtung und Musik begleiten die Bilder. Eintrittskarten
können durch Schulkinder von Dienstag an bezogen werden.

Pulsnitz. (Volksbildungsabend.) Nächsten
Montag spricht Herr Dr. Süß über die Steinkohlenzeit und
ihre merkwürdigen Pflanzen, vulkanische Erscheinungen und
die Zukunft mit ihren Riesentieren. (8 Uhr Schule, mit
Lichtbildern.) — Die Singgruppe des Volksbildungsvereins
hält nächsten Donnerstags einen öffentlichen Singabend ab.

Pulsnitz. (Die Wohlfahrts-Sprechstunde)
findet am Donnerstag, den 15. Dezember, nachm. von 2 bis
4 Uhr im Stadtfrankenbaue statt.

Der Reichskanzler über die Rheinlandnot

Immer noch farbige Truppen im Rheinlande
Keine fühlbare Erleichterung der Besatzungslasten — Fort mit der Militärgerichtsbarkeit!

Reichslandbundespräsident Hepp über Deutschlands Lage — Ueber 200 Stillelegungsanzeigen beim Demobilisierungskommissar

Im Reichstagsauschuß für die besetzten
Gebiete hielt Reichskanzler Dr. Marx eine Rede über
die Notlage im westlichen Deutschland, die durch die Be-
satzungslasten herbeigeführt sei.

Neun Jahre sind die gegnerischen Truppen nun-
mehr im Rheinlande. Die Besatzungsverminderung um
10 000 Mann habe sich im Rheinlande nicht fühlbar
gemacht. Noch immer seien über 1000 farbige Mann-
schaften vorhanden. Die Besatzungslasten drücken überaus
fühlbar auf die Bevölkerung. Die Herbstmänner der
Besatzungstruppen hätten schwere Schäden verursacht.

In den französischen Manövern hätten allein 20 000
Mann teilgenommen, die über 366 meist kleine und arme
Ortschaften zu Leistungen in Anspruch nahmen. Die Ernte
sei infolge dessen kürzlich ausgefallen. Die Reichsregierung
bemühe sich, Wandel zu schaffen.

Die periodischen Zählungen und Musterungen von
Pferden und Fahrzeugen, die für militärische Zwecke zur
Verfügung gestellt werden müssen, wirken beunruhigend.
Diese Zählungen würden von der Bevölkerung als Mobil-
isierungsvorbereitungen empfunden. Seit Monaten schweben
Verhandlungen über die Neugestaltung des Ordnungszens-
systems. Die Verfügungen der Rheinlandkommission müßten
unbedingt gemildert werden, weil die Ordnungszens
vor allem dem Rheinlandschonmen zuwiderlaufen. Presse-
verbote, Presseverwarnungen und Filmverbote hätten be-
dauerlicherweise zugenommen.

Unverständliche Strafen werden von den Militär-
gerichten verhängt. Im ersten Halbjahr 1927 mußten über
700 deutsche Bürger meist wegen Kleinigkeiten vor den
fremden Militärgerichten erscheinen. Häufig fanden Miß-
handlungen im Zusammenhang mit Diensthandlungen statt.

Im letzten Jahre seien wieder
über 100 Ausschreitungen der französischen Soldaten

erfolgt, in einigen Fällen mit schweren Mißhandlungen,
sogar mit der Peitsche. Schwer trage die Bevölkerung am
Apparat der Gendarmerie und der Geheimpolizei, also am
System der Ueberwachung. Dabei habe sich die
Bevölkerung stets korrekt benommen. Zustimmung sei der
Abschaffung der Besatzungsbordelle.

Dann wies Marx auf die

Fürsorge der Reichsregierung für die rheinische Wirtschaft
und auf die Wohnungsfürsorge hin, da die Quartierlast
im Rheinlande noch immer 4000 Bürgerwohnungen umfasse.
1927 seien allein 1500 Baudarlehen gegeben worden. Durch
das Koblenzer Befriedigungsabkommen sei die Begnadigung
von 30 Gefangenen erreicht, nachdem schon früher viele
Strafsachen niedergeschlagen wurden. Die Förderung des
besetzten Gebietes werde im Etat erstrebt. Bereits im Aus-
schuß sei Pflege des Theaters, der Musik, der Leibesübungen
gewünscht worden. Hierfür diene der Kulturfonds, wie für
Hilfe für die Wirtschaft ein Fonds für besondere Zwecke
bestehe. Für etwa 50 000 Schadensfälle seien rund
70 Millionen Mark bewilligt worden. Der
Dreißigmillionsfonds sei auf die Gemeinden und zur För-
derung des landwirtschaftlichen und gewerblichen Mittel-
standes verwandt worden.

Nach der Debatte erklärte Reichskanzler Dr. Marx in
einem Schlußwort, daß die Anwesenheit der Besatzungs-
truppen auf deutschem Boden ein Unrecht sei, da sie jedes
Grundes entbehre. Die Besatzung müsse beseitigt werden.
Darauf werde die Reichsregierung hinarbeiten. Marx be-
stritt energisch, daß die Beteiligung der Deutschen an
Volksparität zur Verfeinerung der außenpolitischen Lage ge-
führt habe. Diese Verfeinerung sei bereits vor der letzten
Regierungsumbildung erfolgt.

Reichslandbundespräsident Hepp über Deutschlands Lage

Kassel, 9. Dezember. Vor der Reichsbauernschaft sprach in
Wolfschlag der Präsident des Reichslandbundes Hepp über die
allgemeine Lage. Die durch den verlorenen Krieg, den Friedens-
vertrag und das Dawesabkommen gegebene Lage, so erklärte der
Redner, gestatte noch keinen Optimismus. Allerdings sei auch zu
unnützigem Pessimismus kein Anlaß. Hepp griff das Wort des
früheren Reichskanzlers Dr. Luther auf, nach dem eine Besserung
der Lage Deutschlands von den Lebensmöglichkeiten der Landwirt-
schaft abhängt. Diese Lebensfähigkeit der Landwirtschaft sei aber
heute nicht vorhanden. Hepp wandte sich gegen die Verteuerung der
landwirtschaftlichen Produkte im Handel, wobei die Landwirte nicht
Kugeln der Verteuerung seien. Auf die Steuer zu sprechen kom-
mend, erkannte Hepp an, daß das neue Reichssteuergesetz die Er-
tragsfähigkeit zur Grundlage hätte. Bei den Landessteuern sei das
leider noch nicht der Fall. Von der Steuervereinfachung erhoffe
er eine Besserung. Die Siedlungsfrage bezeichnete Hepp als eine
Lebensfrage des deutschen Volkes. Das Wort „Bolk ohne Raum“
sei falsch. Wenn man den deutschen Osten einbeziehe, so gebe es
Raum in Fülle, da dort viel unbefiedeltes Land vorhanden sei.
Nur durch vermehrte Zahl selbständiger Bauernfamilien sei der
Osten gegen die polnische Gefahr, die nach wie vor bestehe, zu
halten. In seinen weiteren Ausführungen zweifelte der Redner die
Parteiwirtschaft und forderte die Einrichtung einer zweiten unab-
hängigen Kammer, die die Möglichkeit zur Revision der Beschlüsse
der ersten Kammer gebe.

Ueber 200 Stillelegungsanzeigen beim Demobilisierungskommissar

Essen, 9. Dezbr. Bei dem Demobilisierungskommissar in
Arnsberg sind bis jetzt weit über 200 Stillelegungsanzeigen der
Eisen- und Stahlindustrie eingelaufen, darunter zahlreiche der klei-
neren Werke der eisenverarbeitenden Industrie; dagegen liegen An-
zeigen von bergbaulicher Seite noch nicht vor. Die Bergbaukon-
zerne beraten zurzeit die betriebstechnischen Maßnahmen, die durch
die voraussichtliche Stillelegung am 1. Januar 1928 notwendig werden.

Gegen den Einheitsstaat.

Vom deutschen nationalen Reichsvertretertag.
Berlin. Auf dem Reichsvertretertag der
Deutschen nationalen Volkspartei hielt der Ab-
geordnete Berndt ein Referat über „Verfassungs- und Ver-
waltungsreform“, und der Redner wandte sich gegen die Be-
hauptung, daß der Reparationsagent, wenn sich das deutsche
Volk nicht freiwillig zum Einheitsstaat entschliesse, uns den
Einheitsstaat aufzwingen würde. Die Entwicklung in der
Richtung auf den Einheitsstaat werde sowohl in Süddeutsch-
land als auch in Preußen auf unüberwindlichen Widerstand
stoßen. Die Wiederkehr der über und über wundenen poli-
tischen Main-Linie stünde im Bereich des Möglichen.
Eine Eindämmung der Ausgaben werde durch den Einheits-
staat auch nicht erreicht. Man könne bei Beseitigung aller
Länderregierungen und Parlamente etwa 57½ Millionen Am-
sparen.

Abzulehnen sei auch die Umgestaltung einzelner Länder
zu einem Reichsland. Ein Reichsland Preußen werde dann
sehr bald in einzelne Provinzen aufgeteilt und damit zer-
schlagen werden. Das Reich könne aber die Mitarbeit der
großen Staaten nicht entbehren.

